

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1862

18.9.1862 (No. 219)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 18. September.

N. 219.

1862.

Barausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einsendungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

Telegramme.

Berlin, Mittwoch 17. Sept. Abgeordnetenhause. Militärdebatte. Stavenhagen zieht sein bekanntes Amendement zurück. v. Vincke nimmt es wieder auf, weil das Haus vielleicht in Folge eines Zwischenfalls darauf eingehen könne. Bei der nächsten Position erklärt der Kriegsminister, die Regierung könnte unter gewissen Voraussetzungen auf das Amendement Stavenhagen eingehen. Für 1863 behalte sich die Regierung eine Erklärung vor. Großes Aufsehen. Vorkum-Dolffs beantragt Vertagung auf morgen. Wird angenommen. Die Budgetkommission tritt sofort in Berathung. Der Kriegsminister verspricht, der Kommissionsitzung beizuwohnen.

München, 16. Sept. (W. L. V.) Nach neuerem Beschluß reist die Königin von Neapel nächste Woche nach Rom. — Von großdeutschen gesinneten Mitgliedern der süddeutschen Landtage steht ein gemeinsamer Schritt in der Bundesreform-Frage zu erwarten.

St. Petersburg, Mittwoch 17. Sept. Das Journ. de St. Petersburg sagt heute: Die Militärstrafen und Blockhäuser, welche Dmer Pascha von Montenegro ausbedungen, seien unverträglich mit den Verträgen von 1858. Hoffentlich werden die Großmächte diesen Bedingungen entgegenzutreten; jedenfalls habe der russische Gesandte zu Konstantinopel den Auftrag, eine gemeinschaftliche Protestation zu veranlassen, und — wenn notwendig — allein zu protestieren.

London, 16. Sept. Der Schluß der Ausstellung ist auf den 1. November festgesetzt.

Bera-Cruz, 17. Aug. Die Mitglieder der liberalen Partei haben in Puebla einen Kriegsrath gehalten, in dem beschlossen wurde, Frankreich neue Vorschläge zu machen, im Fall General Forey mit diplomatischen Vollmachten in Orizaba ankomme. Die Franzosen haben die Befestigung ihrer wichtigen Position am Vorgrabe vollendet. In Colima haben sich die Obersten Tava und Romas, die Garnison, sowie die ganze Stadt für die französische Intervention erklärt. Die Verstärkungen sind noch nicht angekommen. Der „Eclair“, „Impérial“ und „Monsieur“, welche am 7. oder 8. d. Martinique verlassen hätten, wurden für den 20. mit 1800 Mann afrikanischer Truppen erwartet.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhause.

Die Militärfrage.

Berlin, 16. Sept. Dritter Sitzungstag. Am Ministerium das gesammte Staatsministerium. Die Gallerien überfüllt. Der erste Redner ist Graf Bethusy-Huc. (Oegen die Kommissionsanträge.) Redner beklagt, daß die frühere Regierung sich auf Annahme des Provisoriums eingelassen und daß die gegenwärtige sich zu Einbringung einer Gesetvorlage nicht entschlossen habe, wodurch allein man in ein Definitivum gelangen könne. Das Haus habe aber bereits 1861 für das Materielle eine Indemnität ertheilt, weil die definitive Organisation damals durch Benennung der Regimenter, Bertheilung der Fahnen u. s. w. schon ausgeführt war und die Budgetvorlegung nach vollständiger Kenntniß dieser Thatsache erfolgte. Auf das Materielle der Organisation eingehend, wendet sich der Redner gegen verschiedene finanzielle Bedenken der Vordredner. Preußen könne seine Stellung zum Schutze germanischer Bildung nur durch Ausbildung seiner Verfassungszustände im Innern und Erhaltung der Schlagfertigkeit nach außen befestigen. Diese Stellung aber müsse Preußen um seiner eigenen Existenz willen im Auge behalten. Es frage sich jetzt, namentlich in Bezug auf das Budget von 1862: wer soll in Preußen herrschen, das Parlament oder die Krone? Ueber gewisse Tendenzen habe der Abgeordnete für Breslau (v. Kirchmann) dankenswerthe Aufschlüsse gegeben. Sagen wollen, „ich bestehe auf meinem Recht“, wie Shylock sage: „ich bestehe auf meinem Schein“, würde in doppelter Beziehung nicht zum Guten führen. Angenommen, das Haus sage, so dürfe man gewiß sagen: noch ein solcher Sieg und ich bin verloren. Die geweihten Fahnen, welche noch in keiner Schlacht vertheidigt worden, sollte der Kriegsminister sie etwa als Trophäen des Sieges dieses Hauses in einem preussischen Zeughaus aufhängen? (Bravo rechts.) Die Soldaten würden vor Wuth knirschen! (Lachen links — Ja! Ja! Bravo! rechts.)

Abg. D. n. d. r. nimmt als konstatirt an, daß die Frage als eine völlig neue dem Hause vorliege, und dieses von seinem konstitutionellen Rechte Gebrauch machen und die Reorganisation, wenn sie ihm nicht gefalle, ablehnen könne. In England würde man die Frage als ein Privilegium des Unterhauses behandeln; so sollte dieselbe auch von allen liberalen Fraktionen des Hauses angesehen werden, und dann würde sie gelöst sein. Auf das Gesetz vom 3. Sept. 1814 sodann näher eingehend, führt Redner aus, wie die Regierung sich durch die Armeereorganisation und namentlich auch durch die von dem Regierungskommissar in der Budgetkommission abgegebenen Erklärungen mit den Bestimmungen dieses Gesetzes in directen Widerspruch gesetzt habe. Schon deshalb könne man nicht für die Reorganisation stimmen. Dann aber kämen auch noch

die finanziellen Bedenken. Der Abg. v. Patow habe zwar ausgeführt, daß finanzielle Bedenken nicht vorhanden seien; diesen Ausführungen sei indessen ein bekannter Brief (der Brief des Ministers v. d. Heydt an den Kriegsminister) entgegenzustellen. Redner liest den Brief vor, dessen schlagende Stellen von dem fortwährenden Rufe „Hört! Hört!“ begleitet werden. Da sehe man, wie es mit der finanziellen Seite aussehe. Ja, nicht einmal die für die Festungen nöthigen gezogenen Geschütze könnten wegen der Armeereorganisation beschafft werden; kämen wir über's Jahr in einen Krieg, so würden wir rathlos dastehen. Darf man da noch jährlich 14 bis 15 Millionen mehr für die Armeereorganisation? Sage der Kriegsminister, daß Reichthum, Luxus im Lande herrsche, so müßte mit einem Ruin der Staatsfinanzen nicht nothwendig auch eine Verarmung des Landes verbunden sein. Besitze das Volk etwas, so sei das besser, als wenn das Geld im Staatsfische, in den Kellern des Schlosses liege. Gerade die so allgemeine Verbreitung des Wohlstandes sei es, was Frankreich so mächtig mache, und der Kriegsminister habe wahrlich keinen Grund gehabt, von dem Wohlstand des Volkes mit einem so verdrießlichen Gesichte zu sprechen. So viel auch gegen den Luxus des Volkes deklamirt werde — niemals habe das Volk, trotz seiner materiellen Richtung, so offenen Sinn für das Ideale gehabt, als gerade jetzt — aber freilich: der Kriegsminister verstehe vom Volke nichts. (Bravo!) Unwahr sei es, daß die Armeere durch die Reorganisation schlagfertiger werde. Die Landwehr werde als Achenbrödel in die Ecke gestellt, und während sie früher im Felde die erste Stelle eingenommen, werde sie jetzt hinter die Wälle gewiesen, wohin doch nur die jungen Leute gehörten. (Lachen rechts.) Man sage, die Landwehr sei nicht mehr so gut wie früher; warum nicht? Habe die Landwehr früher ihre Begeisterung gehabt, so gingen ihr jetzt dafür die vielen Mängel ab, die sie früher gehabt. Das Uebel habe seinen Grund in der Art und Weise, wie man die Landwehr behandle, was ihr dann selbstverständlich viele Kräfte entziehe. Ein Abvocat habe seinen Abschied als Landwehrpflichtiger nehmen müssen und erhalten, weil er — das ehrenwerthe Mitglied dieses Hauses, den Abg. Waldeck, vertheidigt. (Hört! Hört!) Noch jüngst sei der Landwehrleutnant Schönfeld in Minden entlassen worden, nicht weil er irgendwie gefehlt, sondern bloß wegen seiner demokratischen Gesinnung. (Hört! Hört!) Schon bei ihrem Beginne sei gegen die Landwehr gehet und gewöhlt worden, und insbesondere hätten es die jungen Offiziere an Spott und Hohn nicht fehlen lassen. Redner führt aus einer Schrift des verstorbenen Generalauditeurs der Armee, Friccius, die Belege hierfür an. Und so, fährt er fort, habe das Wahlen seinen Fortgang genommen, und Das, was jetzt geschehen solle, sei der Abschluß desselben. Jetzt, wo die Landwehr bald ihr 50-jähriges Jubiläum feiern sollte, werde diesem Hause zugemuthet, die Landwehr zu begraben, und zwar ohne Sang und Klang, durch einen einfachen Budgetbeschluß. Ein solcher Selbstmord sei einer Landesvertretung wohl noch nie angeschlossen worden. Im Jahr 1807 sei der Febr. v. Stein in Ungnade gefallen und es habe von ihm geheißen, er sei ein eigenwilliger störrischer Kopf u. s. w. Vielleicht möge man jetzt auch von den Abgeordneten der linken Seite dieses Hauses so sprechen — aber einst, das wisse er gewiß, werde man sich dieser Männer noch erinnern! (Bravo! links; starker Applaus auf einer der Tribünen.)

Präsident Gräbow: Auf einer der Tribünen hat man geflucht; geschick das noch einmal, so werde ich sämtliche Tribünen räumen lassen!

Der Finanzminister: Es sei eine Stelle aus einem Schreiben, welches er an den Kriegsminister gerichtet habe, verlesen worden. Dieses Schreiben sei nur durch ein Verbrechen in die Oeffentlichkeit gekommen, und er gebe zur Erwägung, ob das Haus von einer solchen Mittheilung Gebrauch zu machen Anlaß habe. Er seinerseits könne sich nur auf seine oder durch seine Kommissäre dem Hause gemachten Erklärungen beziehen. Aus diesen ergebe sich, daß die Finanzlage des Landes gestatte, auch zu andern Verwaltungszwecken als den militärischen bedeutende Fonds zur Mehrausgabe zur Verfügung zu stellen. Man habe der Staatsregierung Ungefügigkeit des Verfahrens vorgeworfen; noch Niemand aber habe nachgewiesen, wie sie anders hätte handeln können, ohne wesentliche Interessen zu verletzen. Man möge bei dem Vorschlage, den Kommissionsantrag anzunehmen, doch die Folgen eines solchen Beschlusses, welches für 1862 faktisch undurchführbar sei, im Auge behalten. Es sei nirgends nachgewiesen, daß die Absetzung der Kosten der Reorganisation thunlich sei. Was wolle man also erreichen? Wolle man die Verwaltung zum Stillstand bringen? Oder wolle man nur das Recht der Landesvertretung zur Zustimmung zur Anerkennung bringen? Aber diesen Rechten händen Pflichten zur Seite, und er erinnere an den Anspruch: die Ausübung der höchsten Rechte des Hauses liege in der Ausübung seiner Pflichten. Als das Staatsministerium in der Adressdebatte die Rechte der Krone wahrte, erhob sich im Hause Widerspruch gegen die Annahme, daß es eine Partei im Lande gebe, welche den Schwerpunkt der Gewalt in die Kammer verlegen wolle, und dieser Protest sei auch in die Adresse übergegangen. Man möge jener Erklärung jetzt eingedenk bleiben, da eine Annahme des Kommissionsantrags auf nichts Anderes hinauslaufe, als den Schwerpunkt

in die Kammer zu verlegen. Ein ähnlicher Beschluß wie der beantragte sei noch in keinem konstitutionellen Lande der Regierung entgegengestellt worden; man habe anderwärts nur solche Positionen gestrichen, welche bei ihrem Wegfall keinen Stillstand der Verwaltung herbeigeführt hätten. Man möge auch bedenken, daß es sich hier um eine Frage handle, welche Sr. Maj. den König als obersten Kriegsherrn nahe berühre. Man habe die Regierung wiederholt an ihre Pflicht gemahnt; möge auch die Landesvertretung ihrer Pflicht eingedenk bleiben.

Graf Schwerin: Nur sein persönliches Verhältniß veranlasse ihn, das Wort zu nehmen. Abg. v. Goltberg habe Angriffe gegen die „neue Aera“ gerichtet. Dieser Ausdruck rühre nicht von seinen Freunden her, sondern von der demokratischen Presse, welche Forderungen gestellt, die das damalige Ministerium nicht habe erfüllen können und wollen. Was dies Ministerium gewollt und geleistet, das gehöre dem Urtheil der öffentlichen Meinung an. Der Redner will die Fehler nicht beschönigen, welche seine Verwaltung gemacht und welche er wie seine Freunde vollkommen kenne. So viel von der Vergangenheit. Zur Sache selbst sei das Recht der Häuser, Nein zu sagen, durchaus und unbesritten vorhanden. Mit demselben Rechte aber, mit welchem die Linke Nein sage, votire der Redner und seine Freunde mit Ja, weil sie glauben, zum Wohl und Heil des Vaterlandes sei eine im Sinne der Regierung vermehrte und schlagfertige Arme unumgänglich notwendig. Für praktisch halte der Redner den Antrag Stavenhagen's, welcher auch die zweijährige Dienstzeit empfehle.

Schulze (Delitzsch): Vor Allem sei festzuhalten, daß die Regierung das Neue, Ungewöhnliche in den Zuständen wolle, der Redner und seine Freunde das Bestehende aufrecht zu erhalten strebe. Es handle sich ja hier nicht allein um die Militärfrage, sondern um das verfassungsmäßige Recht der Volksvertretung, bei dem Etat mitzusprechen zu dürfen. Ein Gesetz werde die Sache auch nicht sofort ändern; das ungeschickliche Provisorium würde dann nach wie vor fort dauern, wenn, was fast zu erwarten, das Gesetz nicht sofort zu Stande kommen würde. Die Frage nach dem guten Glauben der Regierung sei vollkommen gleichgültig für die Wirkung der augenblicklichen Zustände. Man habe so viel von Verletzung des Schwerpunktes der Verfassung in das Abgeordnetenhause gesprochen; dieser Schwerpunkt werde verlegt, wenn man der Landesvertretung nur die Pflicht der Bewilligung des Budgets, nicht auch das Recht dazu belege. (Lebhafter Beifall.) Die finanzielle Frage sei höchst bedenklich; gerade das an das Haus gegebene statistische Material zeige, daß man, wo schon im Frieden so gewaltige Mittel erforderlich seien, bei etwaigem Hinzutreten außerordentlicher Ereignisse Alles anwenden müsse, nicht zum Staatsbankrott zu kommen. Der Kriegsminister sei in seinen Ausführungen viel zu leicht über diese Frage hingegangen. Man nehme gar keine Rücksicht auf andere Staatsbedürfnisse; die Noth im Lehrstande sei größer als die im Wehrstande; man möge sich hüten, den geistigen Defekt um sich greifen zu lassen, der uns droht. Der Redner kommt zur Landwehr-Frage. Das preussische Heer soll sein das Volk in Waffen; das sei festzuhalten, das Landwehr-System sei ein Weg, die Abkürzung der Dienstzeit das einzige Mittel dazu. Verhüte der Himmel, daß die Volksvertretung ihre Hand dazu biete, von den guten altpreussischen Institutionen vom Jahr 1813 abzuleiten. Schließlich beleuchtet der Redner den Standpunkt seiner Partei zur Militärfrage. Er bekämpfe namentlich die Ausführungen des Kriegsministers, die Bemerkungen über den Sauerthier der linken Seite des Hauses. Den Vorwurf verfassungsmäßiger Uebergrieffe dürfe das Haus zurückweisen; keine Verfassung der Welt verlange, daß die Volksvertretung das Vertrauen der Regierung besitze, wohl aber der konstitutionelle Geist, daß das Ministerium das Vertrauen der Volksvertretung besitze; ist dies nicht vorhanden, so sei es für den Abgeordneten die schlechteste Empfehlung, wenn er das Vertrauen der Minister besitze. Wenn dem Kriegsminister schriftliche und mündliche Zeichen über erorbitante Schritte Einzelner vorliegen, so habe er dies den zustehenden Behörden anzuzeigen; in anderer Weise darauf einzugehen, stehe unter dem Niveau dieses Hauses. (Allgemeiner Beifall.)

Minister des Auswärtigen, Graf Bernstorff: Ich darf kaum hoffen, daß ich nach einer so gewürzten, schmachtigen Rede (Unruhe, Unwille) Ihre Aufmerksamkeit gewinne. Es ist unrichtig, daß die königl. Staatsregierung anerkannt habe, sie bedürfe einer Indemnitätsbill. Sie kann dies nicht anerkennen, da die Regierung nur ihre Pflicht erfüllt hat. Eine Aeußerung des Vordredners ging dahin, daß wir ohne Einigkeit im Innern nicht siegen nach Außen. Dies führt mich dahin, einige Worte zu sagen über den Einfluß, welchen der jetzige innere Kampf auf unsere Stellung zum Ausland hat. Vorweg kann ich nur tief bedauern, daß über die Lippen eines preussischen Abgeordneten die Aeußerung von der Misachtung Preußens im Ausland gekommen ist. (Unruhe.) Es freut mich, daß der Abgeordnete für Stargard (v. Vincke) in so berechteter Weise darauf geantwortet hat. Ich läugne es, daß in den auswärtigen Angelegenheiten Preußens eine Mißachtung desselben besonders hervorgetreten sei. Wohl aber hat die Politik vielfach Widerstand erfahren, und dieser wird bekräftigt durch den Zwiespalt zwischen der königl. Staatsregierung und der Landesvertretung. (Lebhafter Zuruf links: Sehr richtig.) Man glaubt im Lager der Gegner, daß Preu-

gen zu keiner Aktion fähig sei, so lange dieser Zwiespalt besteht. (Ebenso: Sehr wahr!) Man täuscht sich zwar darin; wir werden, wenn es nöthig ist, es durch die That widerlegen. Auch ist wohl noch genug Patriotismus in diesem Hause, um, wenn es darauf ankommen sollte, der Regierung dazu die nöthigen Mittel zu bewilligen. Die Pflicht des hohen Hauses ist es aber auch, die Regierung nicht moralisch zu schwächen. Das würden Sie thun, meine Herren, wenn Sie das Budget verweigerten. (Unruhe, Widerspruch.) Die Ablehnung der Marinevorlage durch Ihre Kommission hat in Dänemark Schadenfreude erregt; die dortigen Zeitungen sind voll davon. Um eine energische, kräftige, großartige Politik zu verfolgen, dazu bedarf Preußen eines starken, schlagfertigen Heeres. Hat es ein solches nicht zur Verfügung, so kann es nur eine Kleinstaatspolitik führen, die, glaube ich, wohl Niemand hier beabsichtigen wird. Ich appellire an Ihren Patriotismus, und beschwöre Sie, vom Kommissionsentwurf abzugehen und die Vorlage der Regierung zu genehmigen.

v. Bonin (Stolz) sprach vor fast geleerten Bänken gegen die Kommission.

Herrath: (Für die Kommissionsanträge.) Ich muß läugnen, daß die Kommission bei ihrem Votum Hintergedanken hatte. Die vom Kriegsminister behauptete Identität von Kriegsbereitschaft und Reorganisation ist zu läugnen, wie dies aus den älteren Verhandlungen dieses Hauses evident hervorgeht. Die Kommission hat Ordinarium und Extraordinarium gesondert und bewilligt, im Ordinarium in einzelnen Punkten mehr als gefordert war; sie hat an den von der Regierung im Allgemeinen vorgenommenen Absetzungen von den Kosten der alten Armee nichts abgesetzt. Die Behauptung, daß man in der Kommission vom Jahr 1861 schon mit der Regierung über die Grundlagen der Reorganisation einig gewesen sei, ist unrichtig. Wir haben der europäischen Verhältnisse wegen die verstärkte Kriegsbereitschaft bewilligt, weil kriegerische Eventualitäten drohten. Wenn für erhöhte Kriegsbereitschaft ein Extraordinarium bewilligt worden ist, so muß die Staatsregierung das Extraordinarium allerdings auf ihre Verantwortung über das Etatsjahr hinaus veranlassen, so lange die Ursache der Nothwendigkeit der Kriegsbereitschaft dauert, und in diesem Fall ist sie verpflichtet, sofort nach dem Zusammentritt der Landesvertretung die Genehmigung einzuholen. Ein solcher Fall liegt aber nicht vor. Redner geht hierauf, die am Ministerisch vorgebrachten Argumente ausführlich widerlegend, auf die finanzielle Seite der Sache ein.

Der Regierungskommissar Geh. Rath Wölle sucht durch Zahlenangaben alle Rechnungen der Staatsschulden seit 1848, wovon so viel geredet werde, reduzire sich auf 104 Mill., von welchen wieder 77 Mill. auf Eisenbahnbauten kämen, die sich außerordentlich gut rentirten.

Der Minister des Auswärtigen: Er habe keineswegs einen Staat genannt, mit dem man vielleicht in Krieg kommen könne; er habe also nicht gesagt, daß er vielleicht mit Dänemark bevorstehe. Er habe nur gesagt, daß man sich im Ausland freuen werde, wenn die Kommissionsanträge angenommen werden.

Der Kriegsminister: Ich behaupte, daß die Staatsregierung niemals in die Rechte des Abgeordnetenhauses den Versuch gemacht habe, einzugreifen. Das Gesetz vom 3. Sept. 1814 kann in formaler Hinsicht zu manchen Ausstellungen Veranlassung geben. Man legte damals noch nicht jedes Wort so auf die Goldwaage wie jetzt. Ein Theil der jungen Mannschaft sollte ausgebildet werden. Als der große Kurfürst die Pflicht den jungen Männern auferlegte, Soldat zu werden, da war er weise, wenn er sagte: ein Theil der jungen Mannschaft. Man führte später das Landwehr-Referuteninstitut ein, weil man glaubte, daß alle jungen Leute in 4 Wochen ausgebildet würden. Das Institut und das Kriegsjahre-Referuteninstitut wurde abgeschafft, weil man zu der Ueberzeugung kam, daß sie nach keiner Richtung hin genügt. Man hat mir gesagt, ich kenne die Gefühle des Landes nicht; der Abgeordnete, der das sagte (Schulze), konnte höchstens sagen: er gl a u b e, daß ich die Bedürfnisse nicht kenne. Ich kenne sie sehr genau, und ich kann ihm nur sagen, daß dergleichen persönliche Adressen zu keinem Resultat führen. Man sagt, wir misachteten die Landwehr. Nein! im Gegentheil; aber wenn die Herren glauben, daß die Landwehr sich freuen würde, in die Festungen gesperrt zu werden, dann irren sie sich. Es ist keine Armee in der Welt, die so wohlthätig bekleidet wird wie die preussische. Auf die zweijährige Dienstzeit will ich nicht eingehen, weil die Frage bei dem Budget für 1862 von keiner Bedeutung ist. Das will ich jedoch anführen, daß die Organisation in ihrem Grundgedanken gar nicht an eine bestimmte Dienstzeit gebunden ist; denn die Regierung hat, ohne von den Prinzipien der Reorganisation abzuweichen, faktisch bereits die zweijährige Dienstzeit eintreten lassen. Ich will nur konstatiren, daß, selbst wenn die Regierung auf eine Herabsetzung der Dienstzeit auf zwei Jahre für 1863 eingehen wollte, sie dazu nicht in der Lage sein würde, weil dabei noch verschiedene Fragen technischer Natur in Betracht kommen. Was die weiteren Schlusssätze des Abg. Schulze betreffe, so wolle er, um nicht den Anschein zu haben, als ob er sich in sogenannten allgemeinen Beschuldigungen ergebe, zunächst an den Brief des Hrn. Ziegler erinnern. Sie (zur linken Seite) sind ihm noch nicht fortgeschritten genug, doch rechnen er sich zu Ihrer Partei. (Nein! Nein! links.) Gut, wenn er nicht zu Ihrer Partei gehört, desto besser. Er erinnere sodann an gewisse Schützengilden zu Frankfurt a. M. Ein Abgeordneter habe dort gesagt, daß überall und da, wo es sich um preussische oder um deutsche Interessen handle, die preussischen Interessen zurückstehen müßten. Der Abg. Schulze habe dort gesagt, die Schützen seien das Parlament der Provinz, welches hinter dem Vorparlament stehen würde. Dergleichen Versuche man in Preußen nicht gut, wo man gewohnt sei, daß das Heer hinter dem König stehe. Endlich erinnere er an den Brief des Abg. v. Kirchmann an seine Wähler, welcher in der „Dresd. Ztg.“ erschienen. Seien das, so frage er jeden Unbefangenen, nicht Ziele, mit denen keine Verständigung möglich sei? Er habe viele Fehler und Unvollkommenheiten, aber —

davon würden die Herren jetzt wohl überzeugt sein — ein schä t e r n lasse er sich nicht.

Der Abg. Schulze erhebt sich energisch gegen die Art und Weise, wie von dem Kriegsminister hier debattirt werde. Seine angeführte Aeußerung in Frankfurt sei vom Kriegsminister mißverstanden worden, er habe dieselbe lediglich im deutschen Interesse Preußens gethan.

Abg. v. Hoyerbeck: Der Kriegsminister habe auch ihn nicht verstanden; er habe in Frankfurt nicht von den preussischen, sondern von den „sogenannten“ preussischen Interessen im Gegensatz zu den wirklich deutschen Interessen gesprochen.

Abg. Dr. Baldek: Wenn der Präsident die Mitglieder dieses Hauses gegen solche Geschichten, wie der Kriegsminister sie in dieser Debatte vorgebracht, nicht in Schutz nimmt, so ist dieses Haus rechtlos.

Der Präsident: Die Minister sind nicht Mitglieder dieses Hauses, es muß also ein besonderer Antrag eingebracht werden.

Der Finanzminister: Die Minister werden sich der Disziplinargewalt des Präsidenten nie unterwerfen.

Es folgen noch mehrere persönliche Bemerkungen und die Sitzung wird um 4 1/2 Uhr unter großer Aufregung vertagt.

* Berlin, 16. Sept. (Vierter Tag.) Beim Beginn der Sitzung befindet sich am Ministerisch keiner der Minister; später erscheinen v. d. Heydt, v. Noon, Graf zur Lippe.

Abg. Twesten bedauert, daß die Regierung seine Verbesserungsvorschläge nicht angenommen; doch wolle er das Haus auf die gegenwärtigen Vorgänge in America aufmerksam machen, die denn doch genugsam beweisen, daß ein Militzbeer eine Katastrophe für ein Land sei. Der Redner fährt dann unter großer Unruhe des Hauses aus, daß die Organisation einer Armee stets von einem Ministerium unabhängig sein müsse, sei sie demokratisch oder reaktionär. Die Finanzen in Preußen ständen so gut wie nirgends in der Welt; am allerwenigsten dürfe man sie, wie dies geschehen, mit den östreichischen in Vergleich bringen. Wenn man die zweijährige Präsenzzeit einführe, dann würde auch die Armee von 210,000 auf 160,000 Mann zurückgeführt werden. Im Uebrigen sei es nöthwendig, die jetzige Organisation der Armee provisorisch zu erhalten, müßte die dazu nöthigen Ausgaben als Extraordinarium zu bewilligen, und nur diejenigen zu verweigern, welche sich ohne Veränderung dieser Organisation im Einzelnen ersparen lassen. Der Finanzminister täusche sich sehr, wenn er glaube, daß bloß die Beförderung der materiellen Wohlfahrt dem Lande genüge; das Land wolle sich der Staatsregierung nicht sans phrase unterwerfen. Wenn man die Sprache auf der einen Seite des Hauses und die des Kriegsministers höre, dann glaube man, beide verständen sich nicht.

Der Finanzminister: Der Hr. Abgeordnete irrt sich, wenn er glaubt, die Regierung wüßte eine Krise; die Regierung will keinen Verfassungsbruch. Es ist eine Verdrängung, ihr diese Absicht zu supponiren, die ich hiermit auf das entschiedenste zurückweise. Ein Verfassungsbruch erfordert die Mitwirkung sämtlicher Faktoren der Gesetzgebung. Als Beispiel will ich folgenden Fall anführen: Die beiden Faktoren der Landesverreinerung haben das Recht der Bewilligung des Budgets; wenn nun beide Häuser von ihrem formalen und juristischen Recht Gebrauch machen, und sämtliche Etats verwerfen wollten — was sollte die Regierung thun? Eine Stimme links: Auflösen! Präsident (im strengsten Ton): Ich muß bitten, den Hrn. Minister nicht zu unterbrechen. Finanzminister: Bei der Frage, die uns hier vorliegt, haben wir bereits erklärt, daß wir nach bestem Gewissen und nach bester Pflicht gehandelt haben. Dieser Meinung sind wir auch noch. Wir sollen dem Hause entgegenkommen. Ja, wir kommen ihm entgegen, wenn wir offen erklären: Die Absetzung ist nicht möglich! (Unruhe und Heiterkeit links.) Wollen Sie einen Verfassungsbruch vermeiden, so muß darauf hingearbeitet werden, daß nicht der eine Faktor der Gesetzgebung allein sein Recht zum Nachtheil des andern ausüben will. Ich möchte in der That dringend wünschen, daß das Haus durch sein Votum in dieser Angelegenheit keinen Anlaß gebe zu Vorfällen, welche in ihren Folgen tief zu beklagen wären. Wir sind uns der schwierigen Lage sehr wohl bewußt, in der wir uns befinden. Wir haben unsere Stellen nicht übernommen, um hier Annehmlichkeiten zu genießen; wir wünschen, daß unsere Stellen in solchen Händen sich befinden möchten, welche das Vertrauen aller Faktoren der Gesetzgebung hätten. Sie werden mir jedoch zugeben, daß nach Lage der Sache dies nicht möglich ist, denn das würde für den Fall, daß Sie nicht nachgeben, heißen, daß die Krone auf ihr Recht verzichten müsse. Wir, die Minister, werden Nichts provoziren; im Gegentheil, wir werden thun, was zu einer Verständigung führen kann; dies muß aber auch von der andern Seite geschehen. Der Hr. Vorredner hat auf eine Indemnitätsbill hingewiesen und ein direktes Entgegenkommen der Regierung verlangt. Die Regierung ist der Meinung, daß sie ihr Entgegenkommen genugsam gezeigt hat durch die Ermäßigung des diesjährigen Etats gegen den des vorigen Jahres. Wir glauben somit unsere Schuldigkeit gethan zu haben, und können uns zu etwas Anderem nicht herbeilassen.

Abg. v. Forckenbeck schließt sich überall den Ausführungen Hoyerbeck's an. Der Finanzminister: Ich habe nicht gesagt, daß ich das Haus fragen würde, was die Regierung zu thun hätte, wenn das Haus die Positionen ablehnen sollte. Danach werde ich das Haus nicht fragen! (Der Minister spricht diese Worte mit größter Entschiedenheit.) Die Regierung weiß ganz genau, was sie in diesem Falle zu thun hat. (Tiefes Schweigen im Hause.)

Der Kriegsminister: Der Abg. Twesten hat behauptet, daß die Regierung sich nicht in der Lage befindet, für den Fall eines Krieges jetzt die Bataillone aus den ihr disponiblen Mannschaften bis auf die Höhe von einer Kriegsstärke von 800 Mann zu bringen. Diese Ansicht ist nicht richtig; der Hr. Redner hat vergessen, daß im Jahr 1859 eine doppelte

Aushebung der Mannschaften erfolgt ist und zu diesem Behufe über die Bestimmungen des Minimums hinausgegangen worden ist. Auf diese Weise hat man der neuen Heeresreformation die Kriegsstärke gesichert und sogar noch einen Ueberchuß von Mannschaften erzielt. Seit dem Jahr 1859 sind von jedem Bataillon 160 Mann Reservisten alljährlich, so auch in diesem Jahr, entlassen worden, und da nun im Jahr 1859 mehr Mannschaften als sonst ausgebildet worden sind, so ist die Besorgung des Hrn. Abgeordneten beseitigt. Der Abg. Forckenbeck hat gefragt: auf welche Weise man die Armee auf den Kriegsfuß bringen wolle. Ich muß hierauf erwiedern, daß diese Angelegenheit Sorge der Militärverwaltung ist und diese die Angelegenheit reichlich erwogen hat? Wenn der Hr. Abgeordnete aber im Interesse des Schutzes des Landes Besorgung hegt, so muß ich erwiedern, daß durch die neue Heeresorganisation die Stärke der Armee in keiner Weise beeinträchtigt ist. Es liegt auch kein Grund vor, weshalb schon jetzt die Regierung über die Landwehrebataillone, selbst für den Fall der Noth, verfügen soll. Eine genauere Erklärung Angesichts des Auslandes über militärische Angelegenheiten abzugeben halte ich nicht für geeignet; aber das kann ich erklären: wenn die Lage des Vaterlandes es gebietet, so werden die 116 Landwehrebataillone in voller Kriegsstärke da sein. Wenn derselbe Abgeordnete behauptet, daß nach einem Gesetz vom Jahr 1819 die Kriegsstärke der Bataillone auf 1002 Mann festgesetzt ist, und daß jede dagegen tretende Bestimmung verfassungswidrig ist, so muß er darauf erwiedern, daß er ein derartiges Gesetz nicht kenne. Als das Haus die 9 1/2 Mill. zum Zwecke der Kriegsbereitschaft bewilligte, hatte die Regierung keine andern Mittel, diesen Zweck zu erreichen; als die Reorganisation in der Form, wie sie eingeführt worden. Wenn hier behauptet wird, daß die Sicherheit des Landes durch die Organisation verloren gegangen, so muß ich das vollständig bestreiten. Die durch das Gesetz von 1814 geschaffenen Institutionen der Armee haben nicht beeinträchtigt, für den Fall einer Gefahr sämtliche 700,000 Mann, welche die preussische Armee ausmachen, sofort einzuberufen und mit einem Schlag auf die Beine zu bringen; das ist aber der große Vorzug der Reorganisation, daß man die sofortige Aushebung der waffenfähigen Mannschaften nach derselben vermeiden kann. Ich glaube genügend dargelegt zu haben, daß die Regierung nicht nur in gutem Glauben gehandelt hat, sondern daß sie überhaupt nicht anders handeln konnte, als die Reorganisation zu vollenden, auch ohne daß das Budget bewilligt worden ist. Die Frage, die uns vorliegt, ist einfach die: Wollen wir in unserer bisherigen politischen Lage verbleiben und unsere politische Rolle weiter verfolgen oder nicht?

Damit wird die allgemeine Diskussion geschlossen und zur Spezialdebatte übergegangen, zunächst zum Antrage 1. Nach der Uebersicht über den Etat sind an Pensionsbeiträgen, welche von den in Veranlassung der Reorganisation der Armee im Etat angelegten Gehalten in Abzug zu bringen sind, ausgemorjen 20,854 Rthlr. 7 Gr. 6 Pf. Die Kommission trägt darauf an, diese Summe in den Etat der Kriegsbereitschaft zu verweisen und daselbst abzusetzen und demnach die Einnahmen der Militärverwaltung für 1862 auf 393,263 Rthlr. 1 Gr. 5 Pf. festzustellen. Nachdem Abg. Reichenperger (Geldern) gegen die Kommissionsanträge gesprochen, bezieht der Finanzminister: Der Vorredner hat selbst anerkannt, daß die Regierung nicht anders handeln könne, als sie gethan; aber er verlangt von uns die Indemnitätsklärung zu beantragen. Nun, ich denke, wir beantragen sie, indem wir Ihnen das Budget vorlegen. Ich kann nur bitten, den Etat für 1862 zu bewilligen und den Beschluß über den Etat für 1863 einstweilen auszusagen. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Abg. Kirchmann spricht für den Kommissionsantrag. Darauf wird der Schluß der Debatte angenommen. Bei der Abstimmung wird der Antrag Reichenperger (Indemnitätsbill) verworfen. Ueber die Frage: Sollen die 20,854 Rthlr. für den Etat der Reorganisation bewilligt werden, wird namentlich abgestimmt. Anwesend sind: 341 Mitglieder; davon stimmen mit Ja: 68, mit Nein: 273. Die Summe von 20,854 Rthlr. 7 Gr. 6 Pf. ist in dem Extraordinarium (Reorganisation) also nicht bewilligt. Mit Ja stimmen die Abgg.: Ambronn, v. Arnim (Neustettin), v. Auerswald, Beier, v. Bender, Graf Bethusy-Huc, v. Bonin (Stolz), v. Bonin (Magdeburg), Borcke, v. Buxse, v. Denzin, Fliegel, Fubel, Junde, v. Gottberg, Grabow, Häger, Hoffmann (Oppeln), Jakob, Jordan, Karsten, v. Kaßten, Kleinwächter, Krause (Magdeburg), Kühne, v. Langendorff, Lette, Hengius, Leue (Salzweil), v. Mallindrodt, v. Massow, Menzel, Nodel, Rennis, v. Niebelschütz, Graf Oppersdorff, Ottow, Febr. v. Patow, v. Pfuhl, Pinger, Plasmann, Reichenperger 1. u. 2., Graf Renard, v. Richtofen (Stegau), v. Richtofen (Kriegau), Robert-Tornow, v. Rinne-Slogau, Röpell (Breslau), v. Rosenberg-Lipinsky, v. Sanger, v. Sauten-Julienfelde, Graf Schwerin, Scheffer-Brühorn, Dr. Schuberth, Schulz (Borke), Stavenhagen, Graf Strachwitz, Stubenrauch, v. Sybel, Graf Scherr-Loth, Twesten, v. Unruh-Bomst, v. Vinde (Hagen), v. Vinde (Oberdorf), Dr. Zehrt. — Schluß der Sitzung. Nächste morgen.

Deutschland.

* Aus Baden, 17. Sept. Die Reformen des Postwesens für den innern Verkehr des Großherzogthums, welche von der Regierung bei Vorlage des ordentlichen Budgets der Postverwaltung für 1862/63 beantragt und von den Ständen gutgeheißen worden sind, begreifen befallend: den Wegfall des sog. Briefkreuzers (der Befellgebühr für Briefe und Kreuzbandendungen); die Einführung einer einheitlichen Brieftaxe von 3 kr. für einfache Briefe im ganzen Umfang des Großherzogthums anstatt der bisherigen Taxe von 1 kr., 3 kr. und 6 kr. für Entfernungen bis zu 3, bezw. 10 Meilen und über 10 Meilen, und endlich die Verbesserung der Landpost-Anstalt, sowohl durch Wegfall der Zuschlagtaxe für die Landpost-Beförderung, als auch

durch Ausdehnung der Anstalt auf Gemeinden und Nebendörfer, welche bisher der Bergung durch die Landpost-Boten nicht, oder nur in beschränkter Weise theilhaftig gewesen waren. Das korrespondirende Publikum wird mit Genugthuung vernehmen, daß glaubwürdigen Mittheilungen zufolge diese Erleichterungen des Verkehrs, sowohl was den Wegfall des Briefkreuzers und der Zuschlagkarte für die Landpost, als auch die Einführung der allgemeinen Briefkarte von 3 Kr. für den ganzen Umfang des Großherzogthums betrifft, mit dem 1. d. M. Oktober ins Leben treten werden.

Damit sollen zugleich andere wünschenswerthe Einrichtungen und Vervollkommnungen unseres Postwesens verbunden werden, so z. B. die Einführung frischer Sachgebühren für Briefe etc., welche am Schalter abgeholt werden, und die Bestellung baarer Einzahlungen statt der verpackten Geldsendungen an und durch die Landpost-Boten, unter Ausdehnung der Haftbarkeit der Postverwaltung für die durch die Landpost übernommenen Verpfändungen etc.

Auch werden die Gemeinden Gelegenheit erhalten, ihren dienlichen Verkehr, soweit er bisher postpflichtig war, oder durch ihre eigenen Boten besorgt wurde, gegen mäßige Aversen durch die Postanstalt frei besorgen zu lassen.

Bei dem unverkennbaren allgemeinen Interesse, welches diese und ähnliche Einrichtungen haben, werden wir nicht unterlassen, unsern Lesern von dem Inhalt der zu erwartenden näheren Bestimmungen das Wesentliche seiner Zeit mitzutheilen.

Konstanz, 16. Sept. Sr. Königl. Hoheit der Großherzog ist unerwartet heute Mittag um 1 Uhr über Zürich von Weinfelden hier angekommen und hat ohne Verzug die Reise nach Schloß Mainau fortgesetzt.

Darmstadt, 16. Sept. (Hf. Bl.) Bei der heutigen Wahl zweier Abgeordneter für die hiesige Stadt wurden die Kandidaten der Fortschrittspartei, Advokat Hofmann II. und Schutz mit 53 von 56 Stimmen gewählt. Die altliberalen Gegenkandidaten erhielten nur 3 Stimmen. — In Biedenkopf, wurde Dekonom Eizenbrodt (Fortschr.) mit allen (39) gegen 3 Stimmen und in Dörfen Bürgermeister Hirsch (Altlib. ? Fortschr. ?) gewählt.

Köln, 12. Sept. (Kob. Ztg.) Von dem hiesigen Komitee ist an den Abgeordneten Stavenhagen in Berlin ein Schreiben abgegangen, in welchem das dem preussischen Abgeordnetenhaus von der Regierung vorgelegte Projekt zur Erweiterung der Kriegsmarine mit Freuden begrüßt wird, indem man darin die Verwirklichung einer großen nationalen Forderung erblickt; es wird daher die Hoffnung ausgesprochen, daß das Abgeordnetenhaus in dieser großen nationalen Frage alle Parteitaktik aufgeben werde (was innerhalb der Marinekommission nicht geschehen ist). Dem Schreiben war die aus den hiesigen Sammlungen hervorgegangene Summe von 900 Thalern beigelegt.

Hannover, 15. Sept. (Fr. Z.) Die Konferenzen wegen Bearbeitung einer gemeinsamen deutschen bürgerlichen Prozessordnung sind heute durch den hannoverschen Justizminister v. Bar eröffnet worden. Sämtliche Kommissäre waren später bei dem Chef unserer Justiz zur Tafel. An den Beratungen nahmen, so weit dieses bis jetzt bekannt ist, Theil: für Oesterreich der Sectionschef im Justizministerium, Dr. Ritz, für Bayern der Oberstaatsanwalt Bombard, für Sachsen Appellationsrath Dr. Tauschig, für Hannover Oberjustizrath Leonhard, für Mecklenburg-Schwerin Geh. Ministerialrath v. Schöve, für Nassau der Hofgerichts-Direktor Winter, für Frankfurt der Appellationsrath Senator Dr. Nestle. — General v. Hedemann ist in den Rathhausgefängnissen untergebracht. Die Wache ist um einen Doppelposten vermehrt, wovon der eine vor der Thüre, der andere vor dem Fenster des Gefängnisses steht. Der wachhabende Offizier darf weder zum Mittagessen gehen, noch die Ronde machen; er darf überhaupt die Wache keinen Augenblick verlassen. Alle Gegenstände, welche möglicher Weise zum Ausbruch oder zu sonstiger Gewalt gebraucht werden könnten, sind sorgfältig im Gefängnis besetzt; auch erhält der Gefangene keine Messer und Gabel beim Mittagessen, er darf sich nur des Löffels bedienen. Nur in Gegenwart des Offiziers dürfen die notwendigen Dienste durch dritte Personen ihm geleistet werden. Der hiesige „Courier“ schließt aus diesen Maßregeln, daß man mit der vollen Strenge des Gesetzes gegen Hedemann vorgehen werde. — Der König hat heute wieder eine Kirche in der Nähe von Ulzen eingeweiht.

Berlin, 16. Sept. Wie verlautet, wird Ende dieser Woche unter dem Vorjitz des Königs ein Kabinetstath stattfinden, in welchem nach dem Ergebnis der seitigen Verhandlungen des Abgeordnetenhauses in Bezug auf das weitere Verhalten der Regierung in der Budgetfrage Beschluß gefaßt werden soll. — In parlamentarischen Kreisen befestigt sich die Meinung, daß die Plenarverhandlungen über die Militärfrage bis Ende dieser Woche zum Schluß gelangen werden. Es bleiben alsdann noch die Etats des Marineministeriums, des Kultusministeriums und des Handelsministeriums zu erledigen. Wahrscheinlich werden die darauf bezüglichen Verhandlungen so ziemlich die nächste Woche in Anspruch nehmen. Demnach dürfte im Herrenhaus die Budgetdebatte nicht vor dem 29. September beginnen. Den Schluß der seitigen Landtagsession erwartet man fast allseitig erst gegen den 9. Okt. Die in mehreren Blättern umlaufenden Gerüchte von einer angeblich schon beschlossenen Auflösung des Abgeordnetenhauses vor vollständiger Erledigung der Budgetverhandlungen entbehren jeder thatsächlichen Begründung. Nach den Entscheidungen dieses Hauses wird auch das Herrenhaus noch Gelegenheit erhalten, sich über den Staatshaushalts-Etat zu erklären. — Gestern haben hier wieder zwei Konfiskationen von Zeitungen stattgefunden. Auf Anordnung des Polizeipräsidenten ist die gestrige Nummer der „Berlin Abendzeitung“ und die gestern Abend erschienene, für die auswärtigen Abonnenten bestimmte Nummer der „Volkszeitung“

mit Beschlag belegt worden. Bei letzterem Blatt hat ein Leitartikel unter der Ueberschrift „Herr von Moon und die Zeitungen“ den Anlaß zu dieser Maßregel gegeben. — Der frühere interimistische Polizeipräsident v. Winter ist von seiner längeren Urlaubserreise hier wieder eingetroffen. Wie aus Danzig verlautet, hat Hr. v. Winter sich bereit erklärt, die ihm angetragene Kandidatur für die dortige Oberbürgermeister-Wahl anzunehmen. — Der Kronprinz und die Kronprinzessin sind gestern Morgen nach Schloß Reinhardtbrunn abgereist; dieselben werden während der Dauer der Anwesenheit der Königin Victoria, wie verlautet, bis zum 1. Oktober dort verweilen und später eine Fahrt auf der Dampfschiff „Osborne“ nach dem Mittelmeer machen. — Der Großfürst und die Großfürstin Michail von Rußland sind gestern nach St. Petersburg weiter gereist.

Wien, 15. Sept. Heute ist der Reichsrath wieder zusammengetreten. Beide Häuser haben Kommissionen ernannt, um eine an die Kaiserin wegen wiedererlangter Genesung zu richtende Glückwunschkarte abzufassen.

Im Abgeordnetenhaus verliest sodann Abg. Kaiser den Ausschußbericht über die Regierungsvorlage, betr. die Einführung des deutschen Handelsgesetzbuchs. Derselbe ist von nicht weniger als drei Minoritätszutritten begleitet, die sämtlich den Abg. Mendel zum Verfasser haben, der aber bei zweien nur vom Abg. Gschier und bei einem vom Abg. Edelbacher unterstützt ist. Der Ausschußbericht selbst spricht sich für die unveränderte Annahme des deutschen Handelsgesetzbuchs und für die Einführung desselben vom 1. Januar 1863 aus. Nicht so übereinstimmend erklärt er sich mit dem Einführungsgezetze der Regierung, in welchem er zahlreiche Abänderungen vorschlägt. Wir wollen daraus nur hervorheben, daß die Regierungsvorlage dort, wo bereits Mercantilprotokolle bestehen, keine neuen eingeführt werden, und die nach den Bestimmungen des neuen Gesetzes notwendigen Änderungen in der Formirung des Gerichtes überlassen will. Daneben hat sich der Ausschuß dafür entschieden, daß neue Register eingeführt und die Ueberragungen in dieselben aus den alten nur auf Ansuchen der betreffenden Parteien geschehen sollen. Eine weitere Verschiedenheit der Regierungsvorlage und des Ausschußentwurfs betrifft die Frage, ob in Ansehung des Vertretungsverhältnisses der früheren Handelsunternehmungen — Uebergangsbestimmungen notwendig sind. Der Ausschuß spricht sich für die Nothwendigkeit aus. Nach dem neuen Handelsgesetzbuche hat die Beschränkung der Procura, die Limitation der Befugnisse eines offenen Gesellschafters oder des Vorstandes einer Aktiengesellschaft gegen Dritte keine Wirkung, während derlei Beschränkungen gegenwärtig vorkommen. Der Ausschuß verlangt nun, daß das Einführungsgezetze für die Privatrechte sei, und beantragt, daß die beschränkte Procura nach drei Monaten als nicht Anderes gelte, denn als eine bloße Handelsvollmacht. Die Minoritätsvoten sind nur von untergeordneter Bedeutung.

Frankreich.

Paris, 16. Sept. Heute endlich bringt der „Constitutionnel“ aus der Feder des Hrn. P. Limayrac die seit mehreren Tagen angekündigte Erwiderung auf die Artikel der „France“ über Rom. Sein Inhalt läuft darauf hinaus, daß man Rom gegen jeden Angriff von außen durch Garantie des Territoriums (was der „Constitutionnel“ noch vor 14 Tagen für unmöglich hielt) sicherstellen und es dann räumen müsse, um zu erproben, ob die päpstliche Regierung im Stande sei, sich allein nach innen zu halten. Man merkt es übrigens dem Artikel an, daß der Verfasser sehr wohl weiß, daß der Kaiser nicht geneigt ist, diese Probe anzustellen. Nicht ohne Wichtigkeit ist deshalb unter diesen Umständen, daß in Rom eine Adresse an Napoleon III. unterzeichnet wird, worin die Aufrechterhaltung des Papst-Königs verlangt wird. — Nach Berichten aus Turin ist dort fortwährend von einer nahe bevorstehenden Kabinetsmobilisation die Rede. Die H. H. Conforti, de Pretis, Pepoli, de Sella und General Durando würden, wie man versichert, aus dem Kabinet austreten, und es Rattazzi mit Farini überlassen, ein neues Ministerium zu bilden. Farini würde in diesem Fall das Portefeuille des Innern und Rattazzi die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernehmen. Hr. Teccio, gegenwärtiger Präsident der Kammer, soll zum Justizminister bestimmt sein. Der Eintritt Farini's in's Ministerium trotz seines mangelhaften Gesundheitszustandes wäre ein Beweis, daß man in Turin mehr als je nach Paris schaut. — Wie es scheint, wird, wenn man Garibaldi vor die Geschworenen stellt, auch die unbefugte Erhebung dem Staate gehöriger Gelder unter den Aufzählungspunkten Fäuriren (!) Der „Perseveranza“ zufolge hätte, nach nun offiziellen Angaben, Garibaldi vom Generalsteuereinnahmer zu Catania 210,375 Fr. erpob; ferner beim Zollamt derselben Stadt 1912 Fr. in Baarem und 89,250 Fr. in Wechseln, welche der General zu 28—30 Prozent escomptirt hätte. Endlich legt man ihm 2195 Fr. zur Last, welche der Unterhalt der Freiwilligen der Municipalität kostete.

Amerika.

London, 15. Sept. Als Ergänzung der neuesten telegraphischen Depeschen, welche die Niederlage der Unionisten und die Vorrückung der Südstaatlichen bis auf ihre vor einem Jahr innegehabten Positionen vor Washington melden, diene folgendes aus New-York vom 4. d. M.: Die Aufregung in und um Wallstreet (der Börse) war den ganzen Tag über eine außerordentliche. Am Vormittag war eine von Philadelphia hereingekommene Depesche bekannt geworden, der zufolge General Jackson sich mit 40,000 Mann auf dem Mariche nach Baltimore befand, und die Aufregung, welche diese Neuigkeit in der ganzen Stadt hervorrief, war eine ungeheure. Sie dauerte den ganzen Tag, und wurde durch die Nachricht, daß McClellan zum Kommandanten von Washington ernannt sei, noch bedeutend gesteigert. Man erhobte sich für und wider gegen den General, und die Aufregung erreichte einen höhern Grad, als seit Beginn des Kriegs der Fall gewesen war. Das Goldagio stieg um 2 Proz., während Fonds und Bahnen sich um 2 1/2 Proz. drückten. Im Lauf der Nacht wurde die Nach-

richt von Jackson's Marich auf Baltimore widerrufen, und es entstand der Glaube, sie sei nur in Umlauf gesetzt worden, um mit der abgehenden Post nach Europa besördert zu werden, was jedoch in so fern irrtümlich ist, als die späteren telegraphischen Berichte den abgehenden Postdampfer doch in Halifax erreichen und den Zerbum berichten würden. Ueber die Sicherheit Washington's herrscht hier wenig Besorgniß, da man weiß, daß die Stadt vorzüglich besetzt und mit geübten Artilleristen genügend versehen ist. Die unionistischen Kanonensboote auf dem Potomac werden übrigens das Ihrige thun, um die Schiffsahrt auf dem Fluß offen zu halten. In Washington selbst fürchtete man eben so wenig für die Sicherheit der Stadt. Den heimgekehrten Gefangenen zufolge hatte der südstaatliche General Lee sein Hauptquartier auf der Straße nach Warrenton, 3 Meilen von Bulls Run aufgeschlagen. Bei Fairfax stand nur Kavallerie unter dem persönlichen Kommando von General Stuart. Washington füllt sich mit eingebrachten Verwundeten. Frische Truppen ziehen ein, die Straßen sind gedrängt voll Menschen, Ambulanzen und Fuhrwerken aller Art; jede Stunde bringt neue aufregende Nachrichten. Die Staatslegislatur von Kentucky ist am 2. in Louisville zusammengetreten, und erörterte die Nothwendigkeit, 50,000 Mann neuer Truppen aufzurufen, deren Dienstzeit auf 30 bis 60 Tage beschränkt sein solle. Mittlerweile schaffen die Baumwollbesitzer in Louisville ihre Baumwolle, und viele von den reichern Einwohnern ihre Habe über den Fluß, aus Furcht, daß die Stadt dem Feind in die Hände fallen könnte. Verlässlichen Berichten zufolge verbrennen die Südstaatlichen alle Baumwollvorräthe, deren sie in Kentucky und Tennessee habhaft werden können. Der Bundesgeneral Buell war in Nashville angekommen, um sich mit General Rosenkrantz zu beraten. Der Unionsmajor Veffert hat 1000, unter General White stehende, Guerillas bei Pittsman-ferry im südöstl. Missouri geschlagen und ihnen ihr gesamtes Gepäck abgenommen. Die bei Fort Scott stehende Unionsarmee bereitete sich vor, in Arkansas einzurücken, woselbst die Südstaatlichen sich zu einem Angriff auf das genannte Fort und auf Fort Leavenworth zusammenziehen sollen. In St. Louis war das ganze Vermögen des früheren Senatemitgliedes für Missouri (Truman Volk) konfiszirt worden. In derselben Stadt wurde die Old Merchants Erchange geschlossen und deren Vereinsvermögen mit Beschlag belegt, weil sie sich Demonstrationen zu Gunsten des Südens hatte zu Schulden kommen lassen. Independence in Missouri ist ebenfalls von den Südstaatlichen besetzt, und die unionistisch gesinnten Bewohner verhalten sich vollkommen ruhig, weil sie, so lange ihre Stadt vom Feinde besetzt ist, der Konfiskation entgehen. Fast scheint es, daß ganz Missouri sich aus demselben Grunde nicht allzu sehr gegen die Guerillas anstrengt. (1) — Der französische Gesandte, Hr. Mercier, ist am 3. auf einer französischen Fregatte von New-York nach Washington abgereist. Man glaubt, daß er den Umweg zur See wählte, weil Baltimore vom Feinde bedroht ist. Bestätigt wird ferner, daß Baton Rouge von den Unionsstruppen geräumt ist, nicht aber, daß es früher zerstört worden war. Bestätigt wird ferner, daß New-Orleans durch eine zahlreiche feindliche Armee unter den Generälen Van Dorn und Breckinridge bedroht sei. Nach den Einem zählt diese Armee 20,000, nach Andern gar 50,000 Mann.

Bermischte Nachrichten.

Karlsruhe, 17. Sept. Bekanntlich kam die hiesige katholische Pfarrkirche, nach der im Jahr 1807 erfolgten Aufhebung der ehemaligen reichsfürstlichen Abtei St. Blasien, in den Besitz der dortigen vortrefflichen, von Johann Andreas Silbermann in Strassburg erbauten Orgel. Seit einer im Jahr 1813 von der Orgelbauern-Gesellschaft Stiesel in Nassau vorgenommenen Reparatur fortwährend im Gebrauch, wurde endlich, nach einem Zeitraum von fast 50 Jahren, eine durchgreifende Reparatur des in vielfacher Beziehung mangelhaft gewordenen Werkes, sowie eine theilweise Erneuerung verschiedener Register zur unabwieslichen Nothwendigkeit. Diese umfangreiche Arbeit — das Werk zählt 49 Register — wurde dem rühmlichst bekannten Orgelbauer L. Walker in Ludwigsburg übertragen, und ist nun vollendet. Es dürfte für jeden Musikfreund von Interesse sein, sich bei der morgen Nachmittag 3 Uhr stattfindenden Prüfung zu überzeugen, in wie weit es dem Meister gelungen ist, seinen Ruf und seine Leistungsfähigkeit auch hier an unserm Werk zu befestigen.

— Versammlung deutscher Volksvertreter in Weimar. Am für die auf den 28. bis 30. dieses Monats ausgeschriebene Versammlung die örtlichen Vorbereitungen treffen zu können, ersucht das hiesige Lokalkomitee alle Theilnehmer, s. h. e. n. i. g. i. s. i. soweit thunlich unter Angabe der Zeit des Erscheinens, ihren Bedarf an Wohnungsraum anzumelden, da bei der Ungewissheit der Zahl der Erscheinenden und bei der Kürze der Zeit in den Verhältnissen eines kleineren Ortes Schwierigkeiten für angemessene Unterbringung entstehen könnten.

Das Anmeldebüreau befindet sich bis zum 26. d. M. in der Expedition des unterzeichneten Advokats Fries (H. 120), vom 27. an aber im Rathhaus. Dasselbe ist nicht nur am Tag, sondern auch in den Nächten vom 27. auf den 28. und 28. auf den 29., nach Ankunft der Eisenbahnzüge, geöffnet. Die Bestimmung eines Beitrags zur Deckung der entstehenden Aufwände, bleibt der Beschlußfassung der Kommission vorbehalten. Weimar, den 16. September 1862. S. Fries.

Neueste Nachrichten. Telegramm.

Wien, 17. Sept. Nachmittags. Nach der „Presse“ bereiten ministerielle Reichsrathsmitglieder mit bayrischen und württembergischen Abgeordneten eine große deutsche Gegenkonferenz in Frankfurt vor.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag den 18. Sept. bleibt die großh. Hofbühne geschlossen.

Zo.118. Verlag von George Westermann in Braunschweig.

Körper und Geist.

Betrachtungen über den menschlichen Organismus und sein Verhältniss zur Welt. Von Dr. Hermann Scheffler.

gr. 8. fein Velinp. geh. 2 fl. 42 kr. Den Naturgesetzen, auf welchen der menschliche Organismus und seine körperlichen und geistigen Funktionen, sowie seine verschiedenen Zustände beruhen, Gesundheit, Krankheit und Heilung, sind die ersten Abschnitte, der letzte dagegen ist dem Verhältnisse des Menschen zur Welt, sowie der Welt selbst und dem Wesen von Gott gewidmet. Jeder Gebildete, insbesondere der Naturforscher, der Arzt, der Philosoph, der Theologe und der Pädagoge wird daran ein Interesse nehmen.

Vorrätig in der G. Braun'schen Hofbuchhandlung, A. Dielefeld's Hofbuchhandlung in Karlsruhe und der Fr. Wagner'schen Buchhandlg. in Freiburg.

Zo.113. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Der Anfang der diesjährigen Späthjahrs-Prüfung der evang. Kandidaten der Theologie ist auf Montag den 10. November d. J. Morgens 8 Uhr,

festgesetzt. Diejenigen Kandidaten, welche sich dieser Prüfung unterziehen wollen, haben sich unverzüglich, bestehend der Vorschrift gemäß, bei der unterzeichneten Behörde zu melden.

Karlsruhe, den 16. September 1862. Evang. Oberkirchenrath. Rühl.

Zo.999. St. Georgen.

Offene Thierarzt-Stelle.

Die Thierarzt-Stelle für die 5 Gemeinden St. Georgen, Brigach, Buchenberg, Rangenschiltach und Betschell (Amis Triebberg), mit einem jährlichen Gehalt von 220 fl., ist in Erledigung gekommen, welche zur Bewerbung hiermit ausgeschrieben wird. St. Georgen, den 10. September 1862. Bürgermeisteramt. Braun.

Zo.105. Gengenbach.

Säger-Gesuch.

Wesere rechte und fleißige Säger finden beständige Arbeit gegen gehörigen Lohn auf den mechanischen Sägmühlen in Gengenbach bei

Albert Zaubert.

Gesuch.

Zo.89. Es wird ein junger, solid gebildeter Mann bei einer groß. Post- und Telegraphenexpedition in einer Amtsstube als Gehilfe und Briefträger, gegen Kost und Logis im Hause und angemessenen Gehalt, gesucht. Die zu tragende wollen unter Vorlage ihrer Zeugnisse sich alsbald an die Expedition dieses Blattes wenden.

Offene Commisstelle.

Zo.115. Ein junger Mann, welcher seine Lehre in einer Material-, Farb- und Kolonialwaarenhandlung bestanden, die gehörige Waaren- und Composit-Kenntnisse besitzt, kann, mit guten Zeugnissen versehen, alsbald placirt werden, sowie auch ein Lehrling mit guten Schulkenntnissen, allein nur von auswärtig. Höhere Anstalt erhält auf franko Briefe die Expedition dieser Zeitung.

Zo.6. Pforzheim.

Lehrlingsgesuch.

In mein Kolonial- und Kurzwaaren-Geschäft kann ein mit den nöthigen Vorkenntnissen versehen junger Mensch sogleich in die Lehre treten.

J. Prestinari.

Zo.114. Mannheim.

Liverpool-New-York.

Der 1. Oktober anzuicirte „Great Eastern“ ist auf seiner Reise von Liverpool nach New-York aufgeföhren und es wurde deshalb für nöthig erachtet, den Boden des Schiffes in New-York genau untersuchen zu lassen, ehe dasselbe wieder in See geht. Die ausgegebene Abfahrt wird sich daher um circa 14 Tage verzögern, und werden wir dieselbe bekannt machen.

Rabus & Stoll in Mannheim.

Zo.117. Karlsruhe.

Carl Arleth,

Großherzoglicher Hoflieferant,

empfehlend vorzüglichsten Fromage de Brie, de Neufchätel (Boudons), de Rocqufort, fein und jung, Münsterkäse in Schachteln, alten Parmesan, vorzüglichen Ghester, frischen Edamer (holl.), feinsten Emmentaler (Schweizer), grünen Kräuter-Käs, Aspücker Käse und besten Limburger (Badischer) Käse etc. etc.

Keine grauen Haare mehr. Melanogene. VERDIEQUEMARE aus in Rouen. Hat sich in Rouen, rue St-Nicolas, 29. Um augenblicklich Haar und Bart in allen Nüancen, ohne Gefahr für die Haut zu färben. - Dieses Barbermittel ist das Beste aller bisher da gewesenen.

Zo.121. Frankfurt a. M. Wie allseitig veröffentlicht, beginnen schon am 19. November dieses Jahres die großen

Staatsgewinn-Verloosungen.

Es finden sechs Ziehungen statt, nämlich: am 19. und 20. November, 17. Dezember, 14. Januar, 4. Februar, 25. Februar, und vom 25. März bis zum 20. April 1863, worin

14,811 Loose 14,811 Gewinne und Prämien erlangen müssen.

Hauptpreise: fl. 200,000, 100,000, 50,000, 30,000, 25,000, 20,000, 15,000, 12,000, 10,000, 6,000, 5,000, 4,000, 3,000, 2,000, 1,000 etc. etc.

Diese unter Aufsicht und Garantie der obersten Behörde stehende Verloosung bittet man nicht dem sogenannten Promessen-Spiel oder ähnlichen Unternehmungen gleich zu stellen.

Der Unterzeichnete erläßt die von der hiesigen Regierung ausgegebenen Original-Loose, welche in allen obigen Ziehungen mitzuziehen, direkt den Teilnehmern, und zwar als erste Einzahlung, ganze Loose à fl. 6., Halbe à fl. 3., und Viertel à fl. 1. 30 kr. gegen Franko-Baarsendung oder Postnachnahme.

Pläne werden gratis übersandt, ebenso amtliche Ziehungslisten gleich nach jeder Ziehung. Im Interesse der Abnehmer erucht man, Bestellungen baldigst gelangen zu lassen an

Isidor Bollenwieser, in Frankfurt am Main.

Agenten-Gesuch.

Ein Hans von Breda, welches hauptsächlich die Weine des Privaten liefert, und bereits in England, Belgien und Frankreich sehr bekannt ist, wünscht in hiesiger Stadt einen Agenten auf die Kommission zu finden. Nur best. empfohlene Personen mögen sofort ihre Adressen an die Expedition dieses Blattes abgeben.

Parquet-Böden.

Zo.883. Unterzeichnete bringt hiermit zur Kenntniss, daß er den Verkauf seiner eigenen Parquetböden, den bad. Fuß von 22 Kreuzer an, welche sich durch schönes Eichenholz und exakte Arbeit auszeichnen, sowie die feinsten Lagenböden dem Herrn Ludwig Mees, Zimmermeister in Karlsruhe (vor dem Karlsruher), übertragen habe. Die gangbarsten Muster sind fortwährend an Lager vorrätig.

Katon Deube, Mainz & Co.

Begüglich obiger Anzeige macht der Unterzeichnete hiermit bekannt, daß außer den gangbarsten Mustern natürlicher Größe auch die verschiedenartigsten Zeichnungen von Parquetböden täglich eingeleitet werden können, nach welchen Bestellungen angenommen und schnellstens besorgt werden.

L. Mees, Zimmermeister.

Zo.876. Weuern, Amis Baden.

Mühlen-Verkauf.

Wegen Geschäftsveränderung zu verkaufen: die einzige Mahlmühle im Geroldsauer Thal, 1/2 Stunde von Baden, mit unbeschränkter Berechtigung, neu von Stein erbaut, 3 Mahl- und 1 Schälung nach neuester Konstruktion, oberhalb, mit 24 Gefäß, Wasserkraft nie versiegend, bedeutend weitere Verwendung zulassend, nie der Beschädigung durch Hochwasser ausgesetzt, mit geräumiger Wohnung, gewölbten Kellern, Oekonomiegebäuden, 155' lang, 40' tief, und 2 1/2 Morgen Hof, Bienen und Garten, an dem Fluß und der Straße nach den Wäldern.

Bedingungen täglich beim Eigentümer oder im Hause Nr. 86.

Dr. Weigand, Mühlenbesitzer.

Zo.33. Diersburg.

Fichtenpflanzen-Verkauf.

Die Gemeinde Diersburg, Oberamt Offenburg, verkauft aus Saatküchen in ihren Waldungen 300,000 Stück dreijährige, vorzüglich schöne Fichtenpflanzen, das 1000 zu fl. 24 fr. frei an den Offenburg. Bahnhof geliefert. Bestellungen jedoch unter 10,000 Stück werden keine angenommen.

Zo.85. Worms.

Versteigerungs-Anzeige.

Diebstahl den 21. Oktober l. J. von Vormittags zehn Uhr an und die folgenden Tage, läßt Herr Philipp Wandel, Rentner, in Worms wohnhaft, in seiner Wohnung daselbst, wegen Wohnveränderung seine reichhaltige Sammlung an Delgemälden (161 Stück) und Kupferstichen (111 Stück) aus der deutschen, niederländischen, italienischen, französischen und byzantinischen Schule von den ersten Meistern, namentlich Gemälde von Ferdinand Abel, G. Ph. Kugendas, Hans Brämann, Laresse, van Copen, Diepenbeck, P. Kubens, Huisman, Neschter, van Dijk, de Weir, de Sacher, Frederic, Baroccius, Guido Kreni, Luca Giordano, Amigoni, Correggio, Annibal Caracci, Bourguignon u. s. w. befinden, sowie verschiedene Alterthümer, künstlerische, Porcellain- und Glasarbeiten, Holzschneide, dann antike Möbel und eine reichhaltige Bibliothek alter Druckwerke, geschichtlicher, geographischer und naturwissenschaftlicher, philosophischer, kritischer und poetischer, sowie juristischer Werke in Eigenthum vertheilen.

Alle der Versteigerung ausgesetzt werdenden Gegenstände können bis zur Versteigerung jederzeit eingesehen werden. In allen Buchhandlungen sind Kataloge zu haben. Mit den Gemälden beginnt die Versteigerung, Worms, den 14. September 1862.

Dr. Whildius, groß. öffentlicher Notar.

Zo.84. Westloch.

Fahrnißversteigerung.

Die Erben des verstorbenen Herrn De-fans Peter Brettle von Westloch lassen durch den Unterzeichneten bis

Montag den 22. und Dienstag den 23. d. M.

Morgens 9 Uhr,

in dem Pfarrhaus alda sämtliche Fahrnisse gegen Baarzahlung öffentlich versteigern, und zwar: Gold- und Silberwerk, viele und verschiedene Bücher, Kleidungen, hübsche Uhren, Gemälde und Kupferstiche, Spielzeug und Gläser, schöne und gute Betten; Leinwand und Wäsche, Kupfer-, Messing-, Zinn-, Blech-, Eisen- und Porzellan-Geschirr, schönes Schreibwerk, Faß und Baugeschirr, Feß- und Handgeschirr, eine leichte einspännige Chaise in gutem Zustande mit 2 Pferdegeschirren, 1 Schlitten, circa 1 Dorn Wein, Holzvorrath und ein feines Gartenhaus auf dem Acker.

Westloch, am 12. September 1862.

Meigner, Not.-Verwalter.

Zo.79. Ringsheim.

Holzversteigerung.

Die Gemeinde Ringsheim, Bezirksamt Eitenheim, versteigert

Montag den 22. September d. J. Vormittags 9 Uhr

in ihrem Gebirgswald nachstehende Holzsortimente gegen baare Zahlung: 162 Stück tannenes Bauholz von 30 bis 100 Kubfuß Inhalt, worunter Sägscheite und Floßholz be-griffen. Die Zusammenkunft im Badwirthshaus im Rinderthal. Ringsheim, den 14. September 1862. Bürgermeisteramt. Pöhl.

Zo.94. Nr. 396. Stühlingen. (Holzversteigerung.)

Aus den groß. Domänenwaldungen des Forstbezirks Stühlingen werden mit halb-jähriger Berechtigung öffentlich versteigert, und zwar

Wittwoch den 24. d. M., Distrikt VIII. Berauerhalde, Abth. 1, 2, 3, 4, 5: 17 1/2 Kstlr. tannenes und gemischtes Scheit, 20 Kstlr. tannenes und gemischtes Prügelscheit und 175 gemischte unauferbete Wellen;

Distrikt X. Reimabühl, Abth. 1, 2: 23 1/2 Kstlr. tannenes Scheit, 11 1/2 Kstlr. tannenes Prügelscheit und 200 tannenes unauferbete Wellen; Distrikt XIII. Erlenberg, Abth. 1, 2, 3, 4: 97 Kstlr. tannenes Scheit, 55 Kstlr. tannenes Prügelscheit, 2 1/2 Kstlr. tannenes Stochholz und 2000 tannenes Wellen etc.

Distrikt XIV. Rattenhalde: 12 Kstlr. tannenes Scheitholz und 50 unauferbete tannenes Wellen;

Donnerstag den 25. d. M., Distrikt VIII. Berauerhalde, Abth. 1, 2, 3, 4, 5: 74 tannenes und 9 eigene Klöße und einige Stämmchen;

Distrikt X. Reimabühl, Abth. 1, 2: 5 tannenes Klöße, 87 tannenes Klöße;

Frankfurt, 16. Sept. 1862.

Staatspapiere.		Anleihen-Loose.	
Per comp.	Per comp.	Per comp.	Per comp.
Baden 4 1/2 % Obligation. 100 1/2 %	100 1/2 %	Def. 250 fl. R. 1859 106 1/2 %	106 1/2 %
do. do. 1852 l. V. 100 1/2 %	100 1/2 %	do. 250 fl. R. 1854 70 %	70 %
do. do. 1859 76 1/2 %	76 1/2 %	do. 100 fl. R. 1858 122 1/2 %	122 1/2 %
do. do. 1859 73 1/2 %	73 1/2 %	do. 500 fl. R. 1860 72 1/2 %	72 1/2 %
do. Lomb. l. S. B. 77 1/2 %	77 1/2 %	do. 100 fl. R. 1861 100 %	100 %
do. Venet. l. S. B. 63 1/2 %	63 1/2 %	do. 100 fl. R. 1862 100 %	100 %
do. Nat. Anl. 1854 63 1/2 %	63 1/2 %	do. 100 fl. R. 1863 100 %	100 %
do. Met. Oblig. 54 1/2 %	54 1/2 %	do. 100 fl. R. 1864 100 %	100 %
do. do. 1852 l. S. B. 54 1/2 %	54 1/2 %	do. 100 fl. R. 1865 100 %	100 %
do. Met. Oblig. 48 1/2 %	48 1/2 %	do. 100 fl. R. 1866 100 %	100 %
do. do. 1852 l. S. B. 48 1/2 %	48 1/2 %	do. 100 fl. R. 1867 100 %	100 %
do. do. 1852 l. S. B. 48 1/2 %	48 1/2 %	do. 100 fl. R. 1868 100 %	100 %
do. do. 1852 l. S. B. 48 1/2 %	48 1/2 %	do. 100 fl. R. 1869 100 %	100 %
do. do. 1852 l. S. B. 48 1/2 %	48 1/2 %	do. 100 fl. R. 1870 100 %	100 %
do. do. 1852 l. S. B. 48 1/2 %	48 1/2 %	do. 100 fl. R. 1871 100 %	100 %
do. do. 1852 l. S. B. 48 1/2 %	48 1/2 %	do. 100 fl. R. 1872 100 %	100 %
do. do. 1852 l. S. B. 48 1/2 %	48 1/2 %	do. 100 fl. R. 1873 100 %	100 %
do. do. 1852 l. S. B. 48 1/2 %	48 1/2 %	do. 100 fl. R. 1874 100 %	100 %
do. do. 1852 l. S. B. 48 1/2 %	48 1/2 %	do. 100 fl. R. 1875 100 %	100 %
do. do. 1852 l. S. B. 48 1/2 %	48 1/2 %	do. 100 fl. R. 1876 100 %	100 %
do. do. 1852 l. S. B. 48 1/2 %	48 1/2 %	do. 100 fl. R. 1877 100 %	100 %
do. do. 1852 l. S. B. 48 1/2 %	48 1/2 %	do. 100 fl. R. 1878 100 %	100 %
do. do. 1852 l. S. B. 48 1/2 %	48 1/2 %	do. 100 fl. R. 1879 100 %	100 %
do. do. 1852 l. S. B. 48 1/2 %	48 1/2 %	do. 100 fl. R. 1880 100 %	100 %
do. do. 1852 l. S. B. 48 1/2 %	48 1/2 %	do. 100 fl. R. 1881 100 %	100 %
do. do. 1852 l. S. B. 48 1/2 %	48 1/2 %	do. 100 fl. R. 1882 100 %	100 %
do. do. 1852 l. S. B. 48 1/2 %	48 1/2 %	do. 100 fl. R. 1883 100 %	100 %
do. do. 1852 l. S. B. 48 1/2 %	48 1/2 %	do. 100 fl. R. 1884 100 %	100 %
do. do. 1852 l. S. B. 48 1/2 %	48 1/2 %	do. 100 fl. R. 1885 100 %	100 %
do. do. 1852 l. S. B. 48 1/2 %	48 1/2 %	do. 100 fl. R. 1886 100 %	100 %
do. do. 1852 l. S. B. 48 1/2 %	48 1/2 %	do. 100 fl. R. 1887 100 %	100 %
do. do. 1852 l. S. B. 48 1/2 %	48 1/2 %	do. 100 fl. R. 1888 100 %	100 %
do. do. 1852 l. S. B. 48 1/2 %	48 1/2 %	do. 100 fl. R. 1889 100 %	100 %
do. do. 1852 l. S. B. 48 1/2 %	48 1/2 %	do. 100 fl. R. 1890 100 %	100 %
do. do. 1852 l. S. B. 48 1/2 %	48 1/2 %	do. 100 fl. R. 1891 100 %	100 %
do. do. 1852 l. S. B. 48 1/2 %	48 1/2 %	do. 100 fl. R. 1892 100 %	100 %
do. do. 1852 l. S. B. 48 1/2 %	48 1/2 %	do. 100 fl. R. 1893 100 %	100 %
do. do. 1852 l. S. B. 48 1/2 %	48 1/2 %	do. 100 fl. R. 1894 100 %	100 %
do. do. 1852 l. S. B. 48 1/2 %	48 1/2 %	do. 100 fl. R. 1895 100 %	100 %
do. do. 1852 l. S. B. 48 1/2 %	48 1/2 %	do. 100 fl. R. 1896 100 %	100 %
do. do. 1852 l. S. B. 48 1/2 %	48 1/2 %	do. 100 fl. R. 1897 100 %	100 %
do. do. 1852 l. S. B. 48 1/2 %	48 1/2 %	do. 100 fl. R. 1898 100 %	100 %
do. do. 1852 l. S. B. 48 1/2 %	48 1/2 %	do. 100 fl. R. 1899 100 %	100 %
do. do. 1852 l. S. B. 48 1/2 %	48 1/2 %	do. 100 fl. R. 1900 100 %	100 %